



Ein Votum für mehr «Bureschlöii»

AGRARPOLITIK Wie steht es um die Zukunft der Landwirtschaft? Das von der Bauernvereinigung Frutigland in Aeschi organisierte Podium mündete in eine Kampfansage gegen die zunehmende Regulierung.

PETER ROTHACHER

Wohin soll der Weg für die Land- und Ernährungswirtschaft führen? Zu dieser Diskussion konnte SVP-Grossrat Ernst Wandfluh am letzten Dienstag im Gemeindesaal Aeschi kompetente Persönlichkeiten begrüßen: Bauernpräsident und Nationalrat Markus Ritter (Mitte), Nationalrätin und Präsidentin des Oberaargauer Bauernvereins Christine Badertscher (Grüne), sowie Ingenieur Agronom Andreas Wyss (FDP), der als Moderator fungierte. Der nahezu vollbesetzte Saal bewies, dass das Thema interessiert.

«Die Landwirte sollen mit ihrem Tun Geld verdienen», hielt Markus Ritter gleich zu Beginn fest. Damit das funktioniere, brauche es gute staatliche Rahmenbedingungen, kostendeckende Märkte und eine aufklärende, professionelle Kommunikation. «Gepaart mit einer Portion «Bureschlöii» führen diese drei Voraussetzungen zum Ziel.»

Drei Initiativen gebodigt

Dank der enorm hohen Stimmbeteiligung im ländlichen Raum seien sowohl die Trinkwasser- und Pestizidinitiative als auch die Massentierhaltungsinitia-

tive abgelehnt worden. «Bei all diesen Initiativen hat man die Bundesverfassung so anpassen wollen, dass die Landwirtschaft mit sehr hohen Anforderungen in ein extrem enges Korsett gezwängt worden wäre. Das Resultat wären erneut Mehrkosten und Mindererträge gewesen. Und das droht uns auch jetzt wieder bei der politischen Verhandlung der Agrarpolitik mit 19 Minderheitsanträgen», hielt Ritter fest.

Das dürfe nicht der Weg sein für die Schweizer Landwirtschaft. Diese müsse ein beinahe kostendeckendes Angebot bereitstellen können. «80 Prozent des gesamten Umsatzes werde über Produkte erzielt und nur 20 Prozent über Direktzahlungen.» Darum seien professionelle Verhandlungen der verschiedenen Fachorganisationen mit den Partnern im Markt – unter Offenlegung der Produktionskosten – enorm wichtig.

Kühe als Klimakiller?

Christine Badertscher legte ihre Sichtweise zu den aktuellen Herausforderungen dar, die da seien: Der Preisdruck in der Hochpreisinsel Schweiz, der Klimawandel mit der drohenden Trockenheit, die Bürokratie mit dem hohen administrativen Aufwand und die gesellschaftlichen Erwartungen an die Landwirtschaft. Als Lösungsansatz sieht sie den Wechsel von der Agrarpolitik zur Ernährungsstrategie: «Wir müssen damit die ganze Wertschöpfungskette bis hin zu den Konsumenten in die Verantwortung

nehmen.» Als gutes Beispiel nannte sie «Bern ist Bio», wo die Wertschöpfung direkt bei den Produzenten anfallt. Man müsse aber wohl auch über die Margen im Detailhandel reden und die Deklaration der Labelprodukte überdenken.

Bezüglich Klima stünden ja immer die Kühe im Mittelpunkt der Kritik, hielt Badertscher fest. «Als Grasfresser sind Kühe aber sehr sinnvoll und eigentlich fast klimaneutral, denn Weidegras ist ein sehr guter Kohlenstoffspeicher. Weiden sind weltweit fast so wichtig wie die Wälder, nur spricht niemand davon.» Die Landwirtschaft könne – wenn die Bedingungen und Abgeltungen stimmen – auch in Bezug auf die erneuerbaren Energien mit Biogas- und Solaranlagen ihren Beitrag leisten.

Sie persönlich sei sehr dafür, möglichst viel über den Markt und über die Differenzierung der Produkte zu regeln. Dazu brauche es den Dialog mit der Bevölkerung in den Städten. Als Mitglied der aussenpolitischen Kommission liege ihr die globale Ernährungssicherheit am Herzen, betonte Christine Badertscher weiter. «Die Lebensmittelproduktion durch unsere eigene Landwirtschaft ist sehr wichtig und sinnvoll.»

Kontakt zu Kunden pflegen

Ernst Wandfluh hob die Wichtigkeit des Handels mit Tieren an öffentlichen Märkten hervor. Die direkte Diskussion zwischen Produzent und Händler auf Augenhöhe sei für die Preisbildung ent-

scheidend. Auf die Labels angesprochen, meinte der Bergbauer aus Kandergrund: «Das Prinzip ist grundsätzlich gut, aber es gibt viel zu viele Labels. Der Konsument verliert so den Überblick und bezahlt schliesslich, was der Geldbeutel noch hergibt.»

Auf die Frage, ob die Bauernvereinigung im Kontakt mit den Konsumenten genug mache, erklärte Wandfluh: «Mehr machen kann man immer. Aber was wird davon noch aufgenommen? Jeder Landwirt muss sich selber verkaufen und zugleich die ganze Branche repräsentieren. Wir stehen in der Verantwortung, müssen Kritik akzeptieren – aber auch den Mut haben, den Konsumenten zu sagen, dass wir unsere Sache gut machen.» Er sprach damit speziell auch die jüngeren Anwesenden an: «Steht mit Überzeugung für eure Sache ein und seid bereit, auch mal ein Amt in einer Bauernvereinigung anzunehmen.»

Was bewirkt Albert Rösti?

Mit der Land- und Ernährungspolitik werde der Bogen noch weiter gespannt, hielt Andreas Wyss fest. «Wird das Ganze so nicht noch viel komplizierter?» Markus Ritter entgegnete: «Man muss bereit sein, wieder mit einfacheren Programmen zu arbeiten. Mit Bundesrat Guy Parmelin habe ich einen guten Austausch. Und die Tatsache, dass Albert Rösti das Umweltschutzdepartement übernommen hat, wird einen Paradigmenwechsel zur Folge haben. Guy

Parmelin ist jetzt schon ganz ein anderer...» Auf die aktuell 2500 landwirtschaftlichen Kontrollpunkte angesprochen, meinte Ritter: «Da hat kein Mensch mehr den Überblick. Aber nun hoffe ich, dass wir in der Vereinfachung der Administration etwas bewegen können.»

Aus dem Publikum kam die Frage, wer denn eigentlich Interesse an noch mehr Regulierung habe. Markus Ritters Antwort: «Die Umweltverbände leben von diesen Forderungen, und die werden nie damit aufhören. Das ist der Haupttreiber. Verstärker seien die Medien mit ihren Berichten und Expertisen. Und dann sind es die Volksinitiativen. Die Landwirtschaft ist ein umweltrelevanter Gegner, den man sieht, und der immer wieder Fälle bietet, mit dem man ihn in die Pfanne hauen kann.»

Ein Votant wollte von Christine Badertscher wissen, ob sie Haustiere, Hobbybauern und Gnadenhöfe, die Tiersyl bieten, nicht auch mal thematisieren wolle. Sie meinte: «Da viele Leute Hunde oder Vögel fressende Katzen halten, dürfte das bei der Bevölkerung schlecht ankommen...»

Am Podium, das der Jodlerklub Alpenrösi Kandergrund gesänglich umrahmte, wurde abschliessend auch auf die Präsidentenwahl des Berner Bauernverbandes vom 28. März in Thun und die Parlamentswahlen im Herbst hingewiesen.



Bild links: Redner Markus Ritter, auf der Bühne flankiert von Ernst Wandfluh und Christine Badertscher. **Bild rechts:** Moderator Andreas Wyss (ganz links) mit Ernst Wandfluh, Christine Badertscher und Markus Ritter.

BILDER: PETER ROTHACHER

KOLUMNE – NACHHALTIG

Gut oder böse?

Schadet ein Wasserkraftwerk der Natur? Oder ist es die Antwort auf die Umweltverschmutzung durch Öl und Benzin? – Bedroht eine alpine Solaranlage die Biodiversität? Oder bedroht vielmehr die Klimaerwärmung unsere Flora und Fauna?

Wie ein Artikel im «Frutigländer» vom 28. Februar aufgezeigt hat, bekunden besorgte Naturschutzorganisationen wie Pro Natura noch Mühe, dieses Spannungsfeld zwischen Naturschutz und Energiewende in ihre Strategien und Handlungen so einzubinden, dass am Schluss tatsächlich der Umwelt geholfen ist. Auch wenn ich diesen Organisationen seit langem dankbar bin, dass sie unermüdlich Natur und Landschaft vor schädlichen Eingriffen bewahren, so appelliere ich im Energiekontext an ihre Bereitschaft, die Interessensabwägung zwischen Schutz und Nutzen sorgfältiger und weitsichtiger als bisher vorzunehmen.

Keine der erneuerbaren Stromarten in der Schweiz löst für sich alleine unsere Stromversorgungslücke. Welche Lücken können uns in den nächsten Jahrzehnten denn zu schaffen machen? Primär

der Ersatzstrom für die 60 Prozent Energie aus fossiler Quelle, die wir bis 2050 nicht mehr einsetzen wollen. Dann Winterstrom, Nachtstrom, Atomstrom, europäischer Netzstrom. Dafür braucht es Ersatz.

Diese riesige Aufgabe können wir nicht mit halbfertigen Vorschlägen von wegen «Solarstrom auf allen Dächern» angehen. Die Chance liegt vielmehr *im Verbund* aller erneuerbaren Stromformen: Windkraft bei schlechtem Wetter, Wasserkraft bei Regen, Solarkraft bei Sonne. Heute haben wir mit Ausnahme der Wasserkraft nicht einen Bruchteil dessen, was eine Fossil-freie Zukunft in der Schweiz voraussetzt.

Kategorisch bezeichnet Pro Natura Berner Oberland geplante Wasser- und Windkraftwerke und neu auch alpine Solaranlagen als «unnötige Belastung für die Alpen» mit «schwer abschätzbaren ökologischen Auswirkungen» und fordert stattdessen mehr Solarenergie auf Dächern sowie Energiesparmassnahmen. Gegenbeweis: Seit über zehn Jahren produziert das erneuerte Kleinwasserkraftwerk auf der Engstligenalp Strom für gut 500 Haushalte. Es liegt mitten in einer

schützenswerten Landschaft, wird als unterirdische Anlage kaum wahrgenommen, stört keinen Fisch und lässt gesetzeskonform und kontrolliert genug Restwasser durch den 400 Meter langen Bachabschnitt fließen.

Im Simmental plant ein Biobauer und Alpengenossenschafter auf der eigenen Alp ein Solarkraftwerk, überzeugt davon, dass die Anlage weder den eigenen Kühen noch der Natur schaden wird. Warum werden solche Projekte grundsätzlich bekämpft? Es braucht keinen Taschenrechner für die Erkenntnis, dass mit dem schleppenden Zubau von erneuerbarem Strom in der Schweiz keine Chance besteht, das Netto-Null-Ziel 2050 zu erreichen. Einen Teil der Verantwortung dafür tragen die langwierigen Bewilligungsabläufe, die den gültigen Schutzgesetzen, den Verwaltungen, dem Föderalismus und dem Verbandsbeschwerderecht geschuldet sind. Endlich scheinen Bund und Kantone dies erkannt zu haben und versuchen, die Zeit von der Projektidee bis zur Realisierung zu verkürzen. Leider wird auch da aktuell der erste Vorschlag aus dem Wallis bereits wieder mit einem Referendum ausgebremst.

Noch weit wichtiger ist es, dass die Umweltverbände endlich die Biodiversitätskrise (eine der ganz grossen Bedrohungen unseres Lebens!) mit dem Klimawandel verbinden. Während im Mittelland primär die Bautätigkeit und die Landwirtschaft Schuld am Artenschwund tragen, so ist es in den Bergen die Klimaerwärmung. Fachleute befürchten, dass mit einer prognostizierten Erwärmung von zwei und mehr Grad Celsius viele Arten der Flora und Fauna im gesamten alpinen Lebensraum unter die Räder kommen werden. Da geht es nicht mehr um den *einen* Standort der Steinfliegenlarve im Lötschental, da geht es um alle Standorte dieser bedrohten Insektenart in den Alpen. Bergblumen, die sich bisher in der Kälte behaupteten, werden von Blumen aus tieferen Lagen, die konkurrenzkräftiger sind, verdrängt. Im ganzen Alpenraum, nicht nur im Triftgletschervorfeld. Den Umbau unseres Energiesystems hin zu erneuerbarem Strom zu bremsen bedeutet direkt, noch länger von Öl und Benzin abhängig zu sein. Indirekt bedeutet es, mit der damit verbundenen Klimaerwärmung ein fortschreitendes Artensterben in Kauf zu nehmen. Es versteht



sich, dass bei allen neuen Stromprojekten nach geltenden Gesetzen auf die Natur Rücksicht genommen werden soll. Mit gutem Willen finden sich häufig noch ökologische Verbesserungen in der Projektausführung. Das darf aber weder gute Projekte verhindern noch verzögern.

Kurz: Ich erwarte von den Naturschutzorganisationen mehr technische Kompetenz und eine umfassendere Betrachtungsweise, wenn sie die Diskussion zur Energiewende mitgestalten wollen. Das Jahr 2023 wird mit der Klimaabstimmung und den Parlamentswahlen zentral sein für unsere zukünftige Umwelt. Ich bin jederzeit bereit, mich persönlich der Diskussion zu stellen und freue mich auf Reaktionen und Einladungen.

SAMUEL B. MOSER
NACHHALTIG@BLUEWIN.CH